

IfM-Standpunkt

IfM-Standpunkt 17:

Institut für
Mittelstandsforschung

IfM
BONN

www.ifm-bonn.org

Das IfM Bonn ist eine Stiftung
des privaten Rechts.

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Ministerium für Wirtschaft, Energie,
Industrie, Mittelstand und Handwerk
des Landes Nordrhein-Westfalen



Globaler Mittelstand

Der 45. Präsident der USA, Donald Trump, hat in seinem Wahlkampf die Devise "America first" ausgegeben: Statt Freihandel soll zukünftig die Produktion und der Konsum im eigenen Land gefördert werden. Profitieren sollen hiervon die einheimischen Unternehmen sowie der US-amerikanische Arbeitsmarkt. Auch in Deutschland wird immer wieder eine Beschränkung der Globalisierung gefordert. Doch würden die mittelständischen Unternehmen hierzulande tatsächlich von einer solchen Wirtschaftspolitik profitieren?

Die wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten spricht klar dagegen: So sorgt seit Mitte der 1980er Jahre der unaufhaltsame Fortschritt im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) dafür, dass Unternehmen weltweit ihre Produkte und Dienstleistungen kostengünstig und entsprechend den individuellen Kundenwünschen anbieten können. Dadurch haben sich überall auf der Welt neue Marktchancen für innovative Unternehmen und Gründer ergeben. Gerne wird in diesem Zusammenhang die Entwicklung im US-amerikanischen Silicon Valley hervorgehoben und in der Öffentlichkeit als "vorbildhaft" dargestellt.

Im Mittelstand in Deutschland hat die stetige Entwicklung im IKT-Bereich unter anderem dazu geführt, dass die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe nicht mehr die gesamte Wertschöpfungskette in eigener Regie abdecken müssen. Stattdessen können sie weltweit mit spezialisierten Partnern zusammenarbeiten. Sehr viel globaler als früher sind auch die Dienstleister hierzulande unterwegs - vor allem jedoch diejenigen, die wissensbasierte, FuE- oder IT-gestützte Dienste anbieten. Nach jüngsten Untersuchungen des IfM Bonn arbeiten allein 252.000 kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aus dem Dienstleistungsbereich (ohne Finanzsektor) für Kunden im Ausland.

Die mittelständischen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe profitieren aber auch von globalen Wertschöpfungsketten, an deren Ende international aktive Konzerne stehen: Die Zulieferer können dadurch Ressourcenrestriktionen überwinden und die Risiken sowohl bei der Entwicklung neuer innovativer Technologien als auch bei der Erschließung internationaler Absatzmärkte teilen. Als negativ empfinden manche mittelständische Zulieferer hingegen den hohen Kostensenkungs- und Innovationsdruck, den die börsennotierten Endhersteller bisweilen ausüben. Diesen negativen Folgen der (globalen) Vernetzung können die mittelständischen Zulieferer jedoch dadurch entgegenwirken, dass sie zum einen möglichst innovative und hochwertige Produkte entwickeln. Zum anderen zahlt es sich dauerhaft aus, einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden und möglichst mehrere Abnehmer in unterschiedlichen Wirtschaftszweigen zu beliefern.

Allerdings darf in diesem Zusammenhang auch nicht unerwähnt bleiben, dass deutlich mehr mittelständische Unternehmen in Deutschland an der Spitze von Wertschöpfungsketten stehen als in anderen Ländern. Im Gegensatz zu den börsennotierten Endherstellern suchen diese international aktiven Familienunternehmen meist eine vertrauensvolle, langfristige und partnerschaftlich ausgerichtete Zusammenarbeit mit ihren Zulieferern. Dies gilt auch für notwendige Kostensenkungsmaßnahmen.

Angesichts all dieser internationalen Aktivitäten des Mittelstands wundert es nicht, dass noch vor dem Brexit und der Wahl Trumps zum US-Präsidenten sich neben den international bekannten Konzernen auch große Familienunternehmen und rund 60 Prozent der auslandsaktiven KMU für weitere Erleichterungen bei Zoll- und Außenwirtschaftsverfahren ausgesprochen hatten. Diesen Wunsch haben Anfang Februar Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik in einem außergewöhnlichen Schulterschluss mit ihrer Erklärung gegen politische und ökonomische Renationalisierungsbestrebungen unterstützt.

Um zu verstehen, was die Rückkehr zu Protektionismus bedeuten würde, lohnt sich aber auch der Blick in die Geschichtsbücher: Nachdem im 19. Jahrhundert durch die Entwicklung der Dampfschiffahrt und Dampfeisenbahn der internationale Handel explosionsartig wuchs, führte der 1. Weltkrieg und die Isolationsbestrebungen einzelner Staaten in den darauffolgenden Jahrzehnten zu deutlich höheren Handelskosten. Dabei fielen nicht nur die Zölle für die End- und Zwischenprodukte ins Gewicht, sondern auch nicht-tarifäre Handelshemmnisse wie zum Beispiel divergierende Qualitätsstandards und Normen in den einzelnen Staaten. Erst mit der einsetzenden Handelsliberalisierung und durch effizientere Formen der Transportorganisation (Container-Schiffahrt, Luftfracht) wurde der Export auch für kleine und mittlere Unternehmen wieder attraktiver. Last but not least darf auch ein weiterer Punkt nicht verkannt

werden: Verantwortungsvolle freie Handelsbeziehungen stärken den Frieden unter den Ländern. Aus diesem Grund forderte der 28. Präsident der USA, Woodrow Wilson, 1918 in seinem 14-Punkte-Plan die Beseitigung von Handelshürden - wo immer dies möglich sei - und weltweit die Etablierung von partnerschaftlichen Handelskonditionen.

Erschienen am 27.02.2017 in der F.A.Z., S. 18.